Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 190. Mittwoch den 9. Juli 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Stadtbibliothek.

Zu der alljährlich vorzunehmenden Musterung der Stadtbibliothek sind alle ausgeliehenen Bücher diesmal in der Woche **vom 7. bis zum 12. Juli** an die Bibliothek **zurückzuliefern**. Neuausleihungen finden **vom 21. Juli** an statt.

Dr. **Wustmann.**

Nächtliche Beschäftigung von Arbeiterinnen in Fabriken.

Mit Rücksicht auf die Verhandlungen über den Gesetzentwurf, die Abänderung der Gewerbeordnung betr., hat das Königl. Ministerium des Innern die Handelskammer angewiesen, darüber zu berichten bez. sich gutachtlich zu äußern, in welchen Fabrikationszweigen ihres Bezirks die nächtliche Beschäftigung von Arbeiterinnen bisher üblich war, ferner darüber, ob, bez. für welche Fabrikationszweige Umstände vorliegen, die eine fernere Zulassung der Nachtarbeit weiblicher Personen über sechzehn Jahren erforderlich machen, und von welchen durch die Rücksicht auf Gesundheit und Sittlichkeit gebotenen Bedingungen die Zulassung etwa abhängig zu machen sein würde.

Diejenigen Arbeitgeber, welche dabei betheiligt sind, werden hierdurch ersucht, ihre Angaben und Vorschläge

bis zum 15. d. M.

schriftlich bei der Kanzlei der Handelskammer, Neue Börse, Treppe A, I., einzureichen.

Leipzig, den 7. Juli 1890.

Die Handelskammer.
A. Thieme, stellv. Vors. Dr. Gensel, S.

Bekanntmachung.

Nachdem die Kranken- und Begräbniß-Casse der Mechaniker und Optiker zu Leipzig (e. H.) in ihrer am 28. Juni dieses Jahres stattgefundenen außerordentlichen General-Versammlung mit dem 8. Juli 1890 ihre Auflösung beschlossen hat, nimmt die unterzeichnete Casse Veranlassung, die Herren Arbeitgeber darauf hinzuweisen, daß versicherungspflichtige Mitglieder dieser Casse nach der Vorschrift des Krankenversicherungs-Gesetzes binnen 3 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, mittelst des vorgeschriebenen Formulars zur Anmeldung zu bringen sind.

Bei Nichteinhaltung dieser **Meldefrist treten die Nachtheile der §§. 50 und 81 des angezogenen Gesetzes in Kraft.**

Leipzig, **am 8. Juli 1890.**

Die Ortskrankencasse für Leipzig und Umgegend.
Albert Brockhaus,
Vorsitzender. St.

Schönefeld. Die **Pflasterung der Turnerstraße**, sowie der **Leipzigerstraße** innerhalb des Orts, mit Kopfsteinen soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen im hiesigen Gemeindeamt, Hauptstraße Nr. 45 aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 0,50 ℳ, welche eventuell in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind verschlossen und portofrei, mit entsprechender Aufschrift versehen, ebendaselbst und zwar bis zum 17. dieses Monats, Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Der Gemeinderath behält sich die Ablehnung sämmtlicher Angebote bez. die Theilung der Arbeiten vor.

Schönefeld, 7. Juli 1890.

Der Gemeinderath.
Lorenz.

Bekanntmachung.

In unserem Procurenregister ist unter Nr. 21 als **Procurist** der dem **Kaufmann Wilhelm Eduard Stephan** zu Torgau gehörigen, unter Nr. 290 des Firmenregisters eingetragenen Firma: **Eduard Stephan** in Torgau der Kaufmann Eugen **Braune** in Torgau zufolge Verfügung vom 30. Juni 1890 eingetragen worden.

Torgau, den 30. Juni 1890.

Königliches Amtsgericht.

Das X. deutsche Bundesschießen.

Es ist das erste Mal, daß bei einem deutschen Bundesschießen der Gedanke des Dreibundes unter den Theilnehmern lebendig zum Ausdruck kommt. Wir haben zwar unsere österreichischen Bundesgenossen schon vor sechs Jahren bei dem VIII. deutschen Bundesschießen in Leipzig begrüßt und uns ihrer Theilnahme an demselben herzlich gefreut, aber die österreichischen Schützen traten doch nicht in dem Maße hervor, daß das Fest dadurch seinen Stempel erhielt. Waren wir doch so wenig auf eine besondere Verherrlichung der österreichischen Schützen gefaßt, daß nicht einmal die österreichische Nationalhymne von dem beim Festmahl wirkenden Orchester vorbereitet war und daß erst daran erinnert werden mußte, daß „Deutschland, Deutschland über Alles“ nach derselben Melodie gesungen wird, wie „Gott erhalte Franz den Kaiser“.

Beim gegenwärtigen Bundesschießen in Berlin war man um so besser auf den Empfang der Gäste aus Oesterreich-Ungarn und aus Italien vorbereitet. Der Vertreter des Festausschusses begrüßte sogar die italienischen Schützen in ihrer Muttersprache, und zwischen den deutschen und den ungarischen Schützen gestaltete sich schnell ein freundschaftliches Verhältniß, welches keinen Mißton duldete. Es waren nicht allein schützenbrüderliche, sondern politische Reden, welche beim Festmahl am Sonntag von dem italienischen Abgeordneten Adaroli und dem ungarischen Oberschützenmeister v. Szavoszt gehalten wurden. Beide erklärten es für unzweifelhaft, daß in der Stunde der Gefahr Deutschland und Italien einerseits und Deutschland und Oesterreich-Ungarn andererseits Schulter an Schulter kämpfen würden. Die Presse Italiens wie Oesterreich-Ungarns hat die Verbrüderung der Schützen Deutschlands, Italiens und Oesterreich-Ungarns mit Jubel begrüßt und durch die Aufmerksamkeit, welche sie dem Bundesschießen in Berlin zugewandt hat, dem Feste selbst eine erhöhte Bedeutung gegeben. Das X. deutsche Bundesschießen tritt damit aus dem Rahmen eines Privatunternehmens heraus, der Zug der Zeit hat sich seiner bemächtigt, um den vorhandenen starken Empfindungen für den Dreibund Ausdruck zu verleihen. Die politische Bedeutung war von den Veranstaltern des Festes nicht beabsichtigt, sie ist nicht künstlich hineingetragen worden, sondern sie hat sich aus der Natur der Verhältnisse von selbst ergeben.

Diese Vorgänge bleiben natürlich im Auslande, besonders in Frankreich und Rußland nicht unbeachtet; beide Mächte entnehmen daraus, wie stark das Friedensbedürfniß in Mitteleuropa ist, und sie müssen daraus wohl oder übel den Schluß ziehen, daß der Dreibund täglich an Festigkeit und Dauerhaftigkeit gewinnt. Wir wissen ja leider, daß es in Italien eine Strömung giebt, welche das Bündniß mit Deutschland nicht minder heftig verwirft wie das mit Oesterreich-Ungarn und das Heil der Zukunft im Bunde mit Frankreich und in der Verwirklichung irredentistischer Phantasiegebilde sucht. Aber diese Strömung zeichnet sich mehr durch laute Kundgebungen aus, als durch Zahl und Bedeutung der Anhänger, und es ist das eine nationale Eigenthümlichkeit, mit der wir rechnen müssen, ohne daß wir uns dadurch die Freude am Bündniß mit Italien brauchen verbittern zu lassen. Hat doch Italien selbst mit Räubern zu kämpfen, die seine Sicherheit gefährden und seinen Ruf schädigen, und mit dem Vatican, welcher sich die systematische Störung des inneren Friedens angelegen sein läßt. Im Ganzen und Großen können wir sagen, daß die maßgebenden Kreise Italiens mit ganzer Seele dem Dreibund zugethan sind und daß sie ihn als eine Lebensbedingung Italiens betrachten.

Von großer moralischer Wirkung ist auch die Betheiligung der amerikanischen Schützen am X. deutschen Bundesschießen. Die Sympathien, welche uns von dieser Seite zukommen, sind eingegeben von der Achtung und Bewunderung, welche uns stets von den Amerikanern entgegen gebracht worden sind, seit wir unsere Einheit erkämpft haben. Es liegt in dieser auf sich selbst und auf die eigene Kraft gestellten Bevölkerung etwas, dem wir unsere Hochachtung nicht versagen können, und wenn sie sich zu uns hingezogen fühlt, so kommt das daher, weil sie in uns eine dem eigenen Wesen verwandte Seite entdeckt hat. Sind wir doch außerdem stammverwandt und beruht doch die Blüthe Nordamerikas auf der Vermischung des angelsächsischen und des deutschen Elements. Fehlt uns auch der großartige Unternehmungsgeist der Amerikaner, ihre himmelstürmende Thatkraft, so besitzen wir dafür eine maßvolle, zähe Ausdauer, durch welche wir dem amerikanischen Unternehmungsgeist vernünftige Schranken anweisen und ihn daran erinnern, daß man die Zukunft nicht auf der Zerstörung der Gegenwart aufbauen darf.

Das X. deutsche Bundesschießen gewährt der Welt den Beweis, welche Macht, Recht und Wahrheit noch heutigen Tages besitzen. Deutschland gilt den friedliebenden Völkern Europas als der Hort, welchem sie unter allen Umständen vertrauen können, und selbst Amerika giebt uns aus freien Stücken das gleiche Zeugniß. Daß diese Gesinnung vorhanden ist, wissen wir längst, aber es ist von großer Wichtigkeit für die weitere Entwickelung des Friedensgedankens, daß sich seine Bekenner persönlich berühren und ihre Empfindungen von Mund zu Mund austauschen können. Solche gemeinsam verlebte fröhliche und festliche Tage unter einander im Leben fernstehenden Gesinnungsgenossen verschiedener Nationen prägen sich tief in das Gedächtniß ein und wirken fruchtbringend fort durch die Mittheilung des Erlebten in der Heimath. Wie viele Vorurtheile werden dadurch beseitigt, welche neue und richtige Anschauungen bilden sich heraus an Stelle der bisher gehegten falschen. Es ist nicht nöthig, daß das Gesammtbild dadurch vortheilhafter wird, die Wahrheit ist aber unklaren und unrichtigen Vorstellungen stets vorzuziehen. Unsere Bundesgenossen werden von den Festtagen in Berlin die Ueberzeugung mit nach Hause nehmen, daß sie auf uns in Freud und Leid rechnen können, und daß wir die Treue und Zuneigung, die man uns entgegenbringt, stets mit gleicher Münze zu zahlen bereit sind. Ungünstige Vorurtheile über unbekannte Personen sind der Gestaltung freundschaftlicher Verhältnisse stets am hinderlichsten und deshalb hat der Dreibund noch heute mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen, obwohl der Gedanke, welcher ihm zu Grunde liegt, schon heute überall siegreich durchgedrungen ist. Das X. deutsche Bundesschießen ist ein sehr werthvolles Mittel, um die etwa noch bestehenden Irrthümer zu berichtigen und Das, was durch gemeinsame Interessen und gleichartige Gesinnungen politisch zusammengehört, einander so nahe zu bringen, wie es die Natur der Sache erheischt. Jetzt handelt es sich noch um den Dreibund, wenn dieser aber seine Bestimmung erfüllt hat, werden sich auch noch andere Wege zur Ausbreitung der Völkerverbrüderung finden, sogar nach Richtungen hin, wo man uns heute noch feindlich gegenübersteht.

Leipzig, 9. Juli.

* Ueber die ferneren Reisedispositionen des Kaisers hört man, daß Se. Majestät Ende Juli nach Wilhelmshaven zurückkehren, dort Vorträge entgegenzunehmen und dann nach England zu reisen gedenkt; die Ankunft in Cowes (auf der Insel Wight) steht am 3. oder 4. August zu erwarten. Von England wird dem Vernehmen nach Se. Majestät auf 5—6 Tage nach Berlin zurückkehren und dann die Reise nach Rußland antreten.

* Der Reichskanzler von Caprivi wird auf jeden Sommerurlaub verzichten, um sich mit allen Zweigen seines Amtsbereiches genau bekannt zu machen. Mit ihm bleibt der Finanzminister Dr. Miquel in Berlin, während die übrigen Minister allesammt so ihre Sommerreisen antreten werden, daß bis zum Herbst hin immer nur vier Minister anwesend sind.

* Zu dem Gerüchte über den Rücktritt des preußischen Cultusministers Herrn v. Goßler gesellen sich aufs Neue Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt des Ministers v. Maybach. In Bezug auf den Letzteren wird dem „Hamburger Correspondent“ geschrieben:

Früher hat es geheißen, der Widerstand des Herrn v. Maybach gegen Anforderungen des Generalstabes in dieser Richtung habe seine Stellung erschüttert. Das war noch zur Zeit des Fürsten Bismarck. Diese Seite der Frage könnte erledigt scheinen. Auf der anderen Seite aber ist schon damals behauptet worden, es bestehe der Wunsch, nicht die technische Verwaltung der preußischen Staatseisenbahnen, sondern die Ausnutzung des deutschen Eisenbahnnetzes im Interesse der Landesvertheidigung unter militairische Leitung zu stellen. Ob Herr v. Maybach die aus einer solchen Regelung der Verhältnisse entstehende Einschränkung seiner Competenz mit der Bitte um Entlassung beantworten würde, können wir nicht beurtheilen. Voraussichtlich würde Alles von den Modalitäten abhängen, unter denen dieses Project zur Ausführung gebracht werden soll. Vor der Hand kann man die Gerüchte von dem Rücktritt Maybach's unberücksichtigt lassen. Weitere Aenderungen im Bestande des preußischen Staatsministeriums liegen freilich keineswegs außerhalb des Gebiets der Möglichkeit. Wie man uns aus Berlin berichtet, wurde in dortigen parlamentarischen Kreisen kürzlich, aber außer directem Zusammenhang mit der Person des Herrn v. Maybach eine sehr auffällige Bemerkung colportirt, die von einer mit den Stimmungen in Regierungskreisen vertrauten Stelle ausging und die in der Hauptsache lautete, daß der Eine oder der Andere der jetzigen Minister sich keineswegs an sein Portefeuille klammere.

* Die „Münchner Neuesten Nachrichten“ haben auf eine Anfrage an den Reichscommissar von Wissmann über dessen Rücktrittsgesuch von diesem auf dem Drahtwege die Antwort erhalten, daß er „vorläufig nur Urlaub“ habe. Aus diesem ausweichenden Bescheide des Reichscommissars ist unschwer zu ersehen, daß er selber nicht in der Lage ist, den Mittheilungen über seinen beabsichtigten Rücktritt zu widersprechen.

* Der „Reichs- und Staats-Anzeiger“ schreibt in seinem nichtamtlichen Theil: In Ausführung des Artikels 21 des unterm 5./9. Mai zwischen dem Deutschen Reich und der Actien-Gesellschaft „Deutsche Ost-Afrika-Linie“ abgeschlossenen Vertrags über Einrichtung und Betrieb einer regelmäßigen deutschen Postdampferverbindung mit Ost-Afrika wird die erste vorläufige Fahrt auf der Hauptlinie Hamburg—Delagoabai am 23. Juli von Hamburg aus angetreten werden. Auf dieser Fahrt werden die Hafenorte Rotterdam, Lissabon, Neapel, Port Said, Suez, Aden, Zanzibar, Dar-es-Salaam, Lindi und Mozambique angelaufen. Der endgiltige Fahrplan wird demnächst durch das Amtsblatt veröffentlicht werden. Die Postdampfer der genannten Linie werden die Briefpost aus Deutschland in Neapel aufnehmen. Auf die Briefsendungen nach sämmtlichen Anlaufhäfen finden die Taxen und sonstigen Bestimmungen des Weltpostvertrages Anwendung. Wegen Einrichtung eines Postpacketaustausches mit Ost-Afrika durch Vermittelung der deutschen Postdampfer wird weitere Verfügung ergehen.

* In der „Rhein- und Ruhrzeitung“ veröffentlicht Herr Dr. Franz Giese in Neuß a. Rh. folgende auf verläßlicher Information beruhende Mittheilungen über die Abstammung des preußischen Finanzministers:

Die Miquels stammen aus Frankreich und zwar, wie die spanische Form des Namens (Miquel — Michel) zeigt, aus den Pyrenäen oder wenigstens aus der angrenzenden Gegend. Sie waren schon gegen 1700 in Münster angesiedelt. Nach der Darstellung des Fräuleins Mina (Wilhelmine) Miquel waren die Vorfahren Hugenotten, welche 1688 ihre französische Heimath verließen, zuerst sich in den Niederlanden aufhielten, daselbst wieder zum Katholicismus übertraten und dann endgiltig nach Münster übersiedelten. Dort trat schon der Urgroßvater des jetzigen Ministers in bischöfliche Kriegsdienste, ihm folgten seine Söhne und seine Enkel. Letztere waren zwei. Von ihnen bekleidete Anton Miquel die Stellung eines Fechtmeisters bei der „Hochfürstlichen Leibgardencompagnie“, während Franz Miquel zu jener Zeit Lieutenant im Infanterie-Regiment von Wartensleben war. Dieser, später zum Hauptmann avancirt, ist der Großvater des Ministers. Franz Miquel war zweimal verheirathet. Der ersten, nach kurzer Zeit durch den Tod der Frau gelösten Ehe entstammte als einziges Kind der 1784 geborene Vater des Ministers, welcher, gleichwie sein Sohn, den Namen Johannes führte. Johannes Miquel studirte Medicin und ließ sich später in Neuenhaus, in der damals hannoverschen Grafschaft Bentheim, als Arzt nieder. In Folge seiner Ehe mit einer Protestantin, sowie seiner eigenen religiösen Neigung gemäß trat er zum Protestantismus über. Mit diesem Uebertritt ist die ganze Familie Miquel wieder protestantisch geworden, denn die sechs, der zweiten Ehe des Hauptmanns Franz Miquel entstammenden Kinder starben sämmtlich ohne Nachkommen. Der 1857 als Geschäftsführer der Aschendorff'schen Buchhandlung gestorbene Franz Wilhelm Miquel, die 1867 gestorbene Wilhelmine und der 1862 gestorbene Katastercontroleur Matthias Miquel blieben unverheirathet und die Ehe des 1865 als Bäckermeister in Amsterdam gestorbenen Ludwig Miquel war kinderlos. Fräulein Wilhelmine Miquel war ihrer Zeit wohl die interessanteste Dame, welche Münster aufzuweisen hatte. Sie besaß, ausschließlich durch Selbstunterricht, ein umfassendes historisches Wissen. „Tante Mina“ war von den Kindern aus der zweiten Ehe des Hauptmanns Miquel auch die einzige, deren Verhältniß zur Familie des älteren Halbbruders stets ganz ungetrübt blieb. Denn die Münsterschen Brüder konnten den Traditionen der Familie und der Heimath gemäß es den Neuenhauser Miquels nie ganz verzeihen, daß sie so „incarnirt preußisch“ waren. Interessant ist folgender Vorfall aus dem Leben des Hauptmanns Miquel: Er, ein Officier von großer Befähigung, sollte (eine seltene Ausnahme im der Münsterschen Armee bei einem Bürgerlichen) zum Major befördert werden. Da, bei einer Parade, welche in Gegenwart des Fürstbischofs, eines österreichischen Erzherzogs und Bruders der vor Kurzem hingerichteten Königin von Frankreich Marie Antoinette, stattfand, „reitet ihn“, wie er später selbst sich ausdrückte, „der Teufel des Widerspruchs“ und er läßt die Musik die Marseillaise spielen. Da war es mit dem Avancement freilich zu Ende, wie ihm der Regimentsinhaber General von Wartensleben am folgenden Tage mittheilte. Bei der preußischen Occupation wurde er mit vollem Gehalt pensionirt. Die Genialität der Kinder ihres „Janus“ wußte „Tante Mina“ ihrer eigenen Natur gemäß vollauf zu würdigen. Tief betrauerte sie stets den Tod ihres älteren Neffen, eines Historikers und Philosophen von eminenter Begabung, Verfasser mehrerer werthvoller Einzelschriften, welcher als Gymnasiallehrer in Aurich in jugendlichem Alter verstarb — ein Opfer zu angestrengter Geistesarbeit.

* Der nunmehr in vollem Umfange bekannt gewordene Gesetzentwurf über die Verwaltungsreform in Württemberg enthält in nur sehr bescheidenem Maße Verbesserungen und findet daher kühle Aufnahme. Die Vortheile, welche den Gemeinden auf der einen Seite zugestanden werden, werden durch anderweitige Bestimmungen, durch Einschränkungen mancher Art nahezu aufgewogen. Die Forderung auf Abschaffung der Lebenslänglichkeit des Ortsvorstehers ist in dem Entwurfe nicht berücksichtigt, doch bietet der Entwurf wenigstens Bestimmungen zu leichterer Amtsentsetzung unbrauchbarer Ortsvorsteher, indem ein neuer Disciplinarhof für Körperschaftsbeamte constituirt wird. Das Bestätigungsrecht der Regierung gegenüber den Ortsvorsteherwahlen soll wesentlich erweitert werden, der Obmann des Bürgerausschusses nicht mehr direct, sondern indirect, die Wahlperiode der Mitglieder des Bürgerausschusses von zwei auf vier Jahre erweitert werden. Erfreulich ist die Neuerung, durch welche größeren Gemeinden die Anstellung besoldeter Gemeinderäthe ermöglicht wird.

* Bezüglich der Kriegergräber um Metz macht das Gouvernement der Festung Metz Folgendes bekannt:

Die Gräber selbst werden zwar aus Mitteln der Landesverwaltung durch staatlich angestellte Wärter überwacht und in Stand gehalten, die auf Kosten von Privaten oder Corporationen hergestellten Grabzierden können jedoch aus staatlichen Mitteln nicht unterhalten bezw. wiederhergestellt werden. Um aber die Angehörigen rc. der Gefallenen in den Stand zu setzen, dergleichen Grabzierden restauriren zu lassen, ist das Gouvernement bereit, die Herstellungsbedürftigkeit den Betreffenden unmittelbar mitzutheilen. Zu diesem Zweck ersucht das Gouvernement, da vielfach die Angehörigen nicht zu ermitteln sind, an welche die nothwendigen Mittheilungen zu richten wären, alle diejenigen, welche für fernere Unterhaltung der Grabzierden eintreten wollen, ihre Adressen an den Platzmajor in Metz, Major Aiken, mitzutheilen.

* Daß in der letzten Zeit noch weitere russische Truppenzusammenziehungen in Polen stattgefunden haben müssen, geht aus Angaben hervor, welche ein Warschauer Correspondent der „Reichswehr“ über den Stand der jetzt unter dem Commando des Generals Gurko in Polen befindlichen Truppen macht. Nach diesen Angaben beläuft sich der Stand in Polen auf 202 Bataillone Fußtruppen, 135 Schwadronen Cavallerie, 410 bespannte Geschütze, 13 Artillerieparks und 20 Reserve-Bataillons-Cadres. Es ergiebt sich somit eine Truppenmenge, wie sie in Friedenszeiten wohl noch nie unter einem einzigen General vereinigt gewesen.

* Wie aus Petersburg berichtet wird, hat General Ignatiew kürzlich die czechische Colonie besucht und es bei diesem Anlasse nicht verschmäht, indem er die Colonie deshalb belobte, weil sie zuerst den orthodoxen Glauben angenommen, die Mitglieder derselben zu weiterem Uebertritte zur orthodoxen Kirche aufzumuntern. Sein Auftreten blieb auch nicht ohne Erfolg, denn nunmehr ist auch der aus einigen 70 Personen bestehende Rest der Colonie, der bisher nicht der orthodoxen Kirche gehörte, zu dieser übergetreten.

* Aus Paris, 5. Juli, wird der „Vossischen Zeitung“ geschrieben:

Der gestrige Tag bezeichnet eine Aenderung des Verhältnisses zwischen Frankreich und Tunesien. Bisher war dieses Land immer als Ausland behandelt worden. Jetzt wird dieser Schein nicht mehr aufrecht erhalten. Die Kammer hat den Erzeugnissen der Regentschaft die zollfreie Einfuhr in Frankreich zugestanden und damit ausgesprochen, daß sie Tunesien als einen Theil Frankreichs betrachte. Bis zur vollkommenen Gleichstellung mit den Departements Algeriens oder gar des Festlandes ist immer noch ein weiter Weg, aber das gestern angenommene Zollgesetz bedeutet jedenfalls ein kräftigeres Betonen der Besitzrechte Frankreichs in Tunesien. Der bekannte Abgeordnete Dreyfus, der den Revanchekrieg ohne Aufschub will, fragte den Minister des Auswärtigen, ob nicht geheime Abmachungen mit England und Italien Frankreich verbieten, tunesische Waaren zollfrei zuzulassen. Herr Ribot that in der Antwort auf diese Frage einige bemerkenswerthe Aeußerungen. „Die Regierung“, sagte er, „geht in der Vertheidigung der französischen Interessen immer bis an die äußerste Grenze der Rechte Frankreichs, aber niemals über sie hinaus. Sie giebt dieses Beispiel auch anderen Ländern und wird von ihnen, sie ist dessen sicher, dieselbe Achtung durchsetzen.“ Als Dreyfus weiter fragte: „Und in Zanzibar, welche Entschädigung werden Sie da erhalten?“ fuhr Herr Ribot fort: „Ich werde eine Frage, in welcher es sich um Rechte Frankreichs handelt, nicht zu einer Frage des Feilschens und der Entschädigungen verkleinern. Ehe wir von Tausch und Ersatz sprechen, fordern wir, daß man die Rechte Frankreichs achte. Das ist vor allen Dingen eine Frage der Würde. Wir werden dies ohne Gewalt, ohne bittere Worte, mit Höflichkeit, aber gleichzeitig mit der Festigkeit erreichen, welche für uns eine Pflicht ist, wenn Frankreichs Interessen in Frage kommen.“ Diese Sprache des Herrn Ribot läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß die Unterhandlungen mit England wegen der Anerkennung der Schutzherrschaft über Zanzibar auf gutem Wege sind, da der vorsichtige Minister des Auswärtigen andernfalls nicht mit solcher Bestimmtheit erklärt hätte, daß man Frankreichs Rechte achten werde. Das Zollgesetz beweist, daß die gegenwärtige Regierung nicht mehr, wie ihre Vorgängerinnen seit 1881, Bedenken trägt, ihre endgiltige Herrschaft über Tunesien laut zu verkünden. Bis jetzt hatte man eine gewisse Scheu, die Aufmerksamkeit Europas auf die Thatsache der dauernden und abänderlichen Besitzergreifung ohne Noth hinzulenken. Man glaubte Italien die Rücksicht zu schulden, sich in Tunesien blos als zeitweilige Beschützer und Verwalter zu geberden. Jetzt wird diese Rücksicht fallen gelassen. Italien soll sich daran gewöhnen, Tunesien als Bestandtheil Frankreichs anzusehen, den man nur losreißen kann, wenn man in einem Kriege auf Leben und Tod Frankreich kampfunfähig gemacht hat. Das ist der Sinn der neuesten Aenderung in der Haltung Frankreichs zu Tunesien.

* Der Staatssecretair des Innern Matthews erklärte in Beantwortung einer Anfrage im englischen Unterhause, die Zeitungsmeldungen über die unter der Londoner Schutzmannschaft ausgebrochenen Unruhen seien sehr übertrieben. Nur 39 junge unerfahrene Polizisten hätten sich am Sonnabend in der Bowstreet-Station einer Insubordination schuldig gemacht, dieselben seien heute entlassen worden. Die alten erfahrenen Polizisten dagegen betrügen sich würdig der Traditionen der Londoner Schutzmannschaft. Uebrigens seien von dem Chef der Polizei die umfassendsten Maßregeln getroffen, daß die Polizei der gesammten Stadt die ihr obliegenden Pflichten im vollsten Maße erfülle. — Der Erste Lord des Schatzes, Smith, erklärte, die südliche Grenze des Walfischbay-Gebietes sei leider nicht genau definirt, es seien daher zwischen den Behörden des Caplandes und den deutschen Behörden im Damaralande Erörterungen darüber entstanden, ob eine gewisse Landstrecke, die als Wasserstation für die Straßen von der Küste nach dem Inlande wichtig erscheine, in die Grenze des Walfischbay-Gebietes einbegriffen sei. Ein Versuch, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten durch eine gemeinsame Commission zu regeln, sei fehlgeschlagen. Da der englische und der deutsche Commissar sich nicht geeinigt hätten, seien in dem englisch-deutschen Abkommen Bestimmungen enthalten, um die Angelegenheit einem Schiedsspruche zu unterbreiten. (Wiederh.)

* Wie schon mitgetheilt, verweigerten die Mannschaften des 2. Bataillons des englischen Garde-Grenadier-Regiments in der Wellington-Caserne bei dem Signal zum Sammeln am Montag früh den Gehorsam. Das Signal war gegeben worden, um eine Revision der Tornister der Mannschaften durch die Officiere vornehmen zu lassen. Die Soldaten schlossen sich in ihren Stuben ein. Nach einer Berathung mehrerer Generalstabsofficiere mit dem Oberst des Regiments wurde von der Revision der Tornister abgesehen, der Oberst ließ aber die Mannschaften in Reihe und Glied antreten und machte ihnen Vorstellungen wegen ihres Verhaltens. Diese Vorstellungen wurden mit Pfeifen und Schreien beantwortet. Gerüchtweise verlautet, das Regiment werde zum Dienste außerhalb Englands verwendet werden.

* An einer am 22. Juli in London stattfindenden internationalen parlamentarischen Conferenz über die Abrüstungsfrage beabsichtigen, wie dem „Hamburgischen Correspondenten“ berichtet wird, auch einige Mitglieder der freisinnigen Partei Theil zu nehmen. „Natürlich!“ — so bemerkt dazu das genannte Blatt — „die Herren dürfen nicht fehlen, wenn es sich um ein aussichtsloses Unternehmen handelt.“

* In den beiden Häusern der spanischen Cortes wurde am Montag ein königliches Decret verlesen, welches die Sitzungen derselben suspendirt.

* Der amerikanische Schatzamtssecretair Windom hat den Generalarzt Hamilton beauftragt, dem Berliner medicinischen Congresse beizuwohnen. Der Generalarzt soll zugleich alle europäischen Auswanderungshäfen besuchen und über die hygieinischen Vorkehrungen, welche daselbst für die Auswanderer getroffen sind, berichten.

SLUB
Wir führen Wissen.